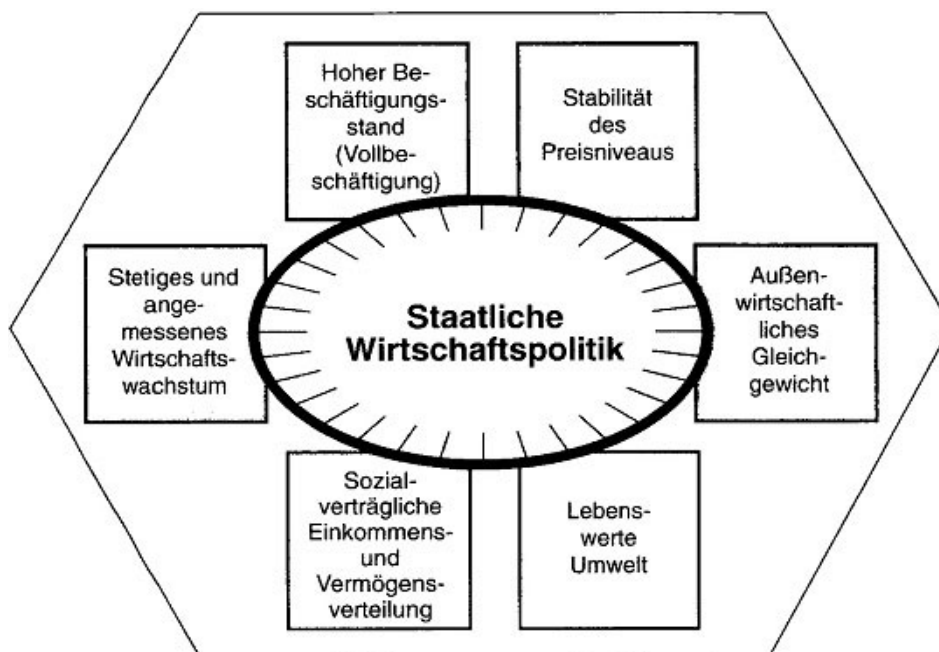


§ 1 [Erfordernisse der Wirtschaftspolitik]. Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

Magisches Sechseck



Es bestehen Zielkonflikte zwischen allen "Ecken".

Vollbeschäftigung

Alle, die arbeiten können und arbeiten wollen, sollen Arbeit haben.

Wenn Arbeitslosenzahlen genannt werden, dann sind das die Leute, die sich beim Arbeitsamt als Arbeitsuchende gemeldet haben. Das ist allerdings eine sehr ungenaue Größe.

Beispiele:

- Wenn die Wirtschaft schlecht läuft, verschieben z.B. manche Frauen ihren Wunsch, wieder in den Beruf einzusteigen. Denn sie sehen, daß es zur Zeit für sie doch keine Chance gibt, eine Stelle zu finden.
- Die Bundesanstalt für Arbeit hat viele Tausend Arbeitsuchende in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder in Umschulungen untergebracht. Diese Menschen haben keinen regulären Arbeitsplatz, zählen aber zur Zeit nicht zu den Arbeitslosen.

Gesamtwirtschaftlich betrachtet unterscheidet man:

- konjunkturelle Arbeitslosigkeit: Wenn die Wirtschaft insgesamt schlecht läuft, dann werden Arbeitskräfte entlassen. Wer entlassen ist, hat wenig Chancen, eine neue Stelle zu finden, denn kein Unternehmer will ein Risiko eingehen, das er nicht übersehen kann.
- saisonale Arbeitslosigkeit: Bauarbeiter im Winter haben schlechte Chancen. An Nord- und Ostsee werden im Herbst, wenn die Saison vorbei ist, Köche, Restaurantfachleute, Hotelfachfrauen entlassen. Wenn keine Gäste da sind, gibt es für sie keine Arbeit mehr. Sie sind arbeitslos und hoffen auf einen guten Sommer.
- strukturelle Arbeitslosigkeit: Wenn die Wirtschaft im Umbruch ist, wie bei uns in einigen Branchen seit vielen Jahren, dann werden in den untergehenden Branchen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlassen, z.B. in der Landwirtschaft, im Bergbau, bei den Werften. Da ihre Ausbildung und ihre Erfahrungen in den Zukunftsbranchen nicht gefragt sind, wird es schwer für sie, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. So kann es vorkommen, daß der Arbeitsmarkt gespalten ist: Es gibt viele Arbeitslose, und trotzdem suchen bestimmte Firmen händeringend, aber vergeblich, neue Arbeitskräfte.

Wenn zur gleichen Zeit mehrere Arten von Arbeitslosigkeit zusammentreffen, dann steigt die Zahl der Arbeitslosen in erschreckende Höhen. Wenn dann die Wirtschaft wieder Fahrt gewinnt, bleiben trotzdem viele Arbeitslose. Man spricht von einem Sockel der Arbeitslosigkeit, der nach jeder Konjunkturlaute bleibt – auch deshalb, weil sich während der Flaute viele Firmen umgestellt haben und jetzt mit weniger Leuten in ihren Büros und Werkstätten auskommen.

Eine lebenswerte Umwelt wollen alle. Dieses Ziel ist sogar seit 1994 im Grundgesetz enthalten (Art 20a). Aber: was lebenswert ist, läßt sich nicht mit Zahlen fassen.

Umweltschutz wird von vielen als Argument gebraucht und von manchen mißbraucht. Es scheint für entgegengesetzte Positionen nützlich: für und auch gegen Kernkraft zum Beispiel.

Je nach Standpunkt schafft Umweltschutz Arbeitsplätze oder vernichtet sie, nützt dem Wirtschaftswachstum oder verhindert es.

Klar ist, daß Umweltschutz in bestimmten Bereichen Arbeitsplätze schafft, z.B. bei Müllsortieranlagen. Dort werden Arbeitsplätze zunehmen, wenn die Müllberge weiter wachsen. Positiv?

Klar ist auch, daß Umweltschutz Arbeitsplätze vernichtet. In Deutschland werden keine Treibgase aus FCKW mehr hergestellt. Negativ?

Wirtschaftswachstum = Anstieg des Bruttosozialproduktes im Vergleich zum Vorjahr. Bei der Berechnung des Sozialproduktes werden die Preise zusammengezählt. Daher wird das Ergebnis als Bruttoinlandprodukt „in jeweiligen Preisen“ bekanntgegeben. Das Bruttosozialprodukt steigt schon deshalb immer, weil die Preise immer steigen. Man spricht hier vom nominalen Wachstum = Wachstum dem Namen (= nomen) nach. Gemeint sind die Preise. Diese Art von Wachstum interessiert niemanden. Wirtschaftswachstum wird international verglichen, um die Leistungskraft der Wirtschaften zu beurteilen. Daher müssen die Preissteigerungen herausgerechnet werden. Erst wenn das geschehen ist, weiß man, ob die Leistung der Wirtschaft tatsächlich gewachsen ist und um wieviel: man hat das reale Wachstum.

Preisstabilität

Preise ändern sich. Rohstoffe und Aktien, Bananen und Autos, Wohnungen und CDs, Weihnachtsbäume und Müllabfuhr ... Uns Verbraucher interessiert vor allem, wieviel wir im Laden für unseren Einkauf zahlen müssen, die Verbraucherpreise also. Diese werden jeden Monat neu errechnet und öffentlich bekanntgegeben. Für die vielen unterschiedlichen Produkte gibt es nur eine einzige Zahl: der Anstieg der Lebenshaltungskosten. Um diese Zahl ermitteln zu können, muß man zunächst wissen, wofür die Durchschnittsfamilie – der Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen – ihr Geld ausgibt; wie sie ihr Geld aufteilt: soviel % für Miete, für Zeitungen, das Auto, für Kleidung und Nahrungsmittel und auch noch, was sie kauft. Das haben die Statistiker erforscht und alles zusammen in den „Warenkorb“ gepackt. Nun werden die Preisveränderungen in den einzelnen Warengruppen zusammengetragen und anteilmäßig in die Lebenshaltungskosten eingerechnet. Da sich unsere Verbrauchsgewohnheiten unterscheiden – in Ost und West – gibt es für beide unterschiedliche Warenkörbe. Weil wir unsere Konsumgewohnheiten ändern, wird der Warenkorb regelmäßig überprüft und ab und zu neu zusammengestellt. Das macht das Vergleichen schwierig, muß aber sein.

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Unsere Wirtschaft ist Teil der EU-Wirtschaft. Wir stehen mit vielen anderen Wirtschaften in Beziehung – weltweit.

- Da werden Waren gehandelt (Export = Ausfuhr / Import = Einfuhr). Mit den USA und Japan liegt Deutschland an der Spitze der exportierenden Länder.
- Wir reisen (da sind die Deutschen Weltmeister) und beanspruchen Dienstleistungen im Ausland.
- Es werden Gelder überwiesen an Verwandte in die Türkei oder an die UN in New York (das nennt man „Übertragungen“).

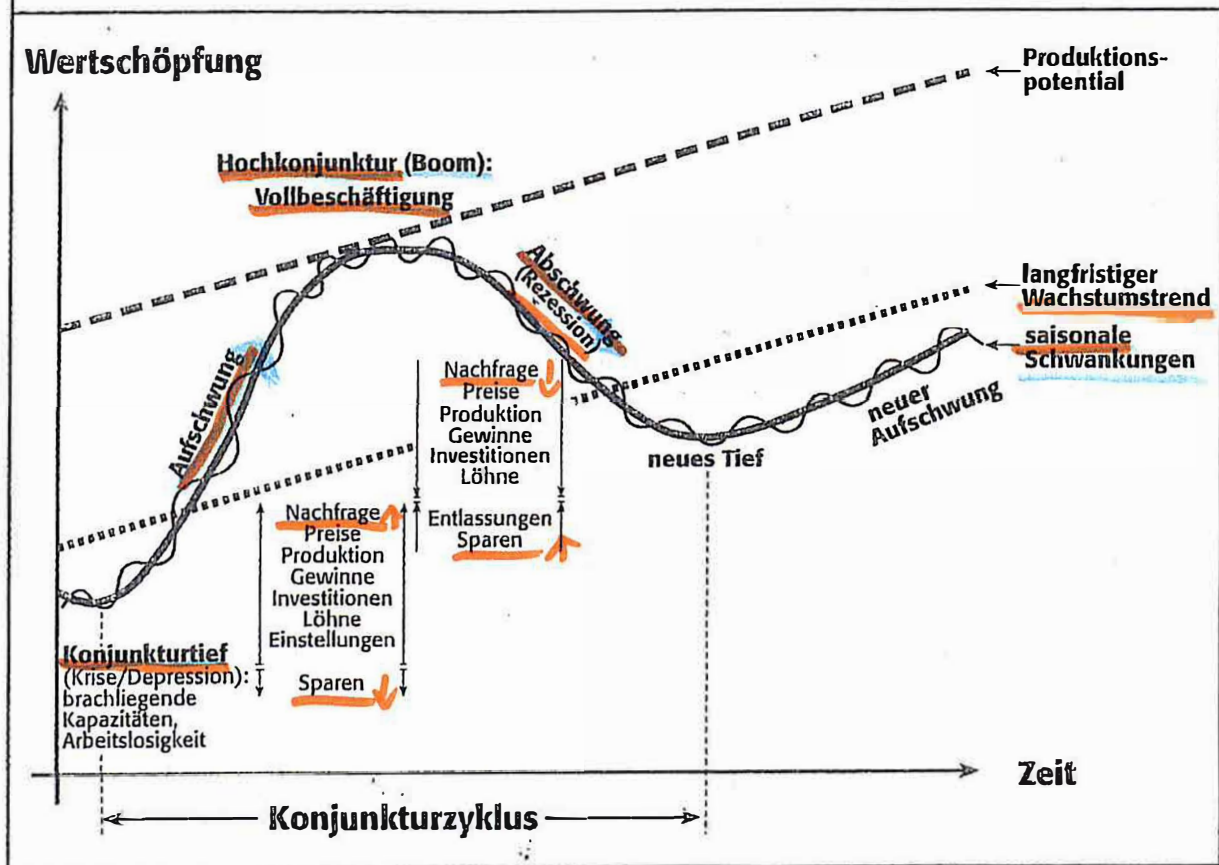
Diese 3 Positionen machen den größten Teil unseres Auslandsgeschäfts aus. Sie werden zusammengefaßt in der „Leistungsbilanz“. (Zusätzlich fließt noch Kapital hin und her, werden Devisen gehandelt. Erst alles zusammen macht die gesamte Außenwirtschaft aus.) Unser Geld verdienen wir im Export:

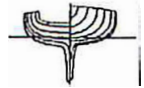
Das Volkseinkommen ist alles, was wir in einem Jahr erarbeitet haben und was dann verteilt werden kann. Es soll gerecht verteilt werden. Aber was ist das: gerecht?

Das Volkseinkommen wird ausgezahlt als Löhne und Gehälter an die Arbeitnehmer. Diesen Anteil nennt man „Lohnquote“. Der andere Teil wird verteilt z.B. als Unternehmerlohn, als Gewinne auf Aktien (Dividenden) und Zinsen: das sind die „Einnahmen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“. Dieser Teil wird manchmal auch als Gewinnquote bezeichnet. Diese Einkünfte kann man allerdings nicht einseitig den Unternehmern zurechnen, denn auch viele Arbeitnehmer und Rentner haben Einkommen aus Vermögen, z.B. Zinsen aus Sparguthaben.

Welche Aufteilung ist gerecht? Die Tarifvertragsparteien führen jährlich ihren Kampf um das größere Stück von diesem Kuchen.

Konjunkturverlauf (kurze Wellen)





Konjunktur

DATUM

Im Wirtschaftsablauf wechseln Phasen stärkeren Wachstums mit solchen einer geringeren Zunahme der Produktion oder gar rückläufiger Wirtschaftstätigkeit ab. Dieser schwankende Verlauf des Wirtschaftsgeschehens wird als Konjunktur bezeichnet.

Die Schwankungen gehen teils auf äußere Einflüsse zurück (Bevölkerungsentwicklung, Kriege, Witterung), teils sind sie durch das Verhalten von Unternehmen, Verbrauchern und Staat bedingt.

Dabei zeigen sich gewisse Regelmäßigkeiten im Auf und Ab der gesamtwirtschaftlichen Produktion, die jedoch keinem genau festliegenden Rhythmus folgen. Es lassen sich die Phasen Aufschwung, Hochkonjunktur, Verlangsamung bzw. auch Rückschlag (Rezession) und Tiefstand (Depression) unterscheiden. Diese vier Phasen bilden zusammen einen Konjunkturzyklus.

Die einzelnen Phasen des Konjunkturzyklus lassen sich wie folgt charakterisieren:

○ Aufschwung: Wachsende Aufträge und zunehmende Produktionstätigkeit. Steigende Investitionen, mehr und mehr mit dem Ziel, die Produktionskapazitäten auszuweiten. Die Beschäftigung nimmt zu, und die Arbeitslosigkeit geht allmählich zurück. Die Einkommen der Arbeitnehmer und die Gewinne der Unternehmen steigen. Mit zusätzlichem Lohn und Gehalt erhöht sich die Nachfrage nach Konsumgütern. Die Steuereinnahmen steigen.

○ Hochkonjunktur oder Boom: Die Produktionskapazitäten sind voll ausgelastet. Es fällt den Unternehmen zunehmend schwerer, neue, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden. Es herrscht Vollbeschäftigung. Löhne und Preise steigen, und als Folge allmählicher Bremsmaßnahmen der Notenbank gehen auch die Zinsen nach oben. Die Wachstumsraten des Sozialprodukts nehmen ab.

○ Rezession: Rückschlag der Konjunktur. Die Absatzschwierigkeiten nehmen zu. Die Auftragsbestände bei den Unternehmen gehen zurück; die Fertigwarenläger werden voller. Die Gewinne der Unternehmen gehen zurück. Die Produktion wird zunächst nicht weiter ausgeweitet und dann eingeschränkt; es kommt zu Entlassungen. Die Zahl der Unternehmen, die in Konkurs gehen, steigt. Die Beschäftigung nimmt nicht mehr zu, im weiteren Verlauf sogar wieder ab. Die Zahl der Arbeits-

losen steigt. Bei länger andauernder Rezession gehen die Steuereinnahmen des Staates zurück. Der Preisanstieg ermäßigt sich.

○ Depression: Tiefpunkt im konjunkturellen Zyklus. Niedrige Produktion, erhebliche Arbeitslosigkeit, Rückgang der Unternehmensgewinne und der Einkommen und damit der Nachfrage nach Konsumgütern. Die Unternehmen halten sich mit Investitionen zurück. Soweit investiert wird, ist vornehmlich Rationalisierung das Ziel. Durch sinkende Zinsen und den Abbau von Lägern und erfolgreiche Rationalisierung wird die Grundlage für einen erneuten Aufschwung gelegt.

Welche Faktoren bestimmen den Konjunkturverlauf?

- Bevölkerungsentwicklung, Kriege, Witterung, Pandemien

-

-

Was führt zum Ende eines Aufschwungs?

- Produktionskapazitäten ausgelastet

- Vollbeschäftigung

- Zinsen ↑

Nenne Ursachen für eine sinkende Nachfrage?

- Übersättigung

- Arbeitslosigkeit

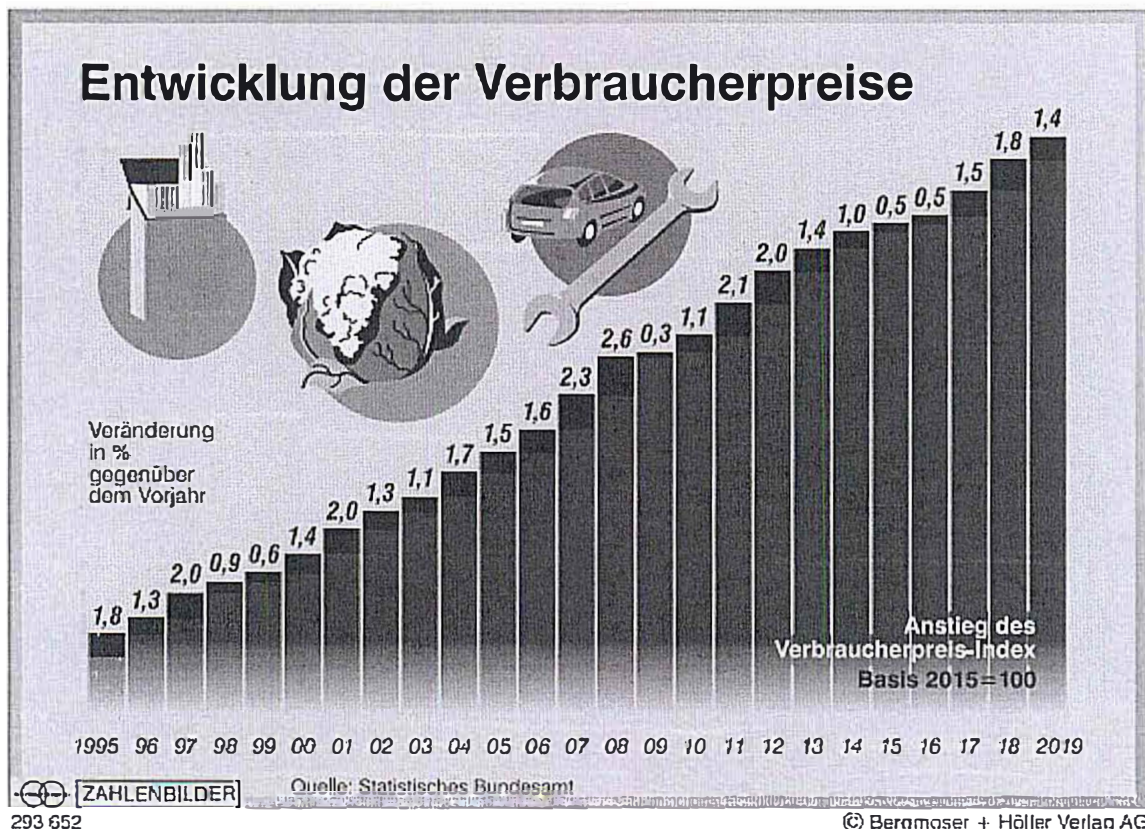
- wenige Gewinne → weniger Einkommen

Entwicklung der Verbraucherpreise

Ein zentrales Ziel der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik ist die Wahrung der Preisstabilität. Damit wird jedoch nicht angestrebt, dass das Preisniveau über längere Zeit unverändert bleibt. Zu groß wäre dann die Gefahr einer Deflation, bei der Verbraucher und Investoren ihre Anschaffungen zurückstellen, weil sie mit fallenden Preisen rechnen, und damit die gesamte Wirtschaft in einen Abwärtsstrudel aus sinkender Nachfrage und schrumpfender Produktion hineinziehen. Die *Europäische Zentralbank* definiert **Preisstabilität** deshalb als jährlichen Anstieg des europäischen Verbraucherpreisindex (HVPI) „von unter, aber nahe bei 2 Prozent“. Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise und der europäischen Staatsschuldenkrise wurden die Märkte mit billigem Zentralbankgeld geflutet, um so die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Der als Ergebnis dieser Geldschwemme erwartete Anstieg des Preisniveaus blieb jedoch aus. In Deutschland zogen die **Verbraucherpreise** erst 2017 wieder etwas stärker an (um 1,5%). 2018 kletterten sie um 1,8%. 2019 verlangsamte sich der jahresdurchschnittliche Preisanstieg auf 1,4% gegenüber dem Vorjahr. Der für internationale Vergleichszwecke berechnete HVPI stieg ebenfalls um 1,4%.

Wie im Vorjahr hatten die **Energiekosten** auch 2019 einen deutlichen Einfluss auf die Entwicklung des Preisniveaus. Zwar verbilligte sich Heizöl nach dem Preissprung des Vorjahrs wieder etwas, aber Strom (+3,4%) und Erdgas (+3,9%) zogen kräftig an. Für Haushaltsenergie musste im Durchschnitt 2,9% mehr gezahlt werden als 2018. **Nahrungsmittel** verteuerten sich im Ganzen nur moderat (+1,4%), für Fleisch und Fleischwaren (+3,1%) sowie für Gemüse (+6,3%) wurden jedoch deutlich höhere Preise als im Vorjahr notiert. Tiefer in die Tasche greifen mussten die Verbraucher auch für Tabakwaren (+3,7%) und Druckerzeugnisse (+3,4%). Dagegen verteuerten sich Bekleidung und Schuhe nur um 1,4% und Möbel und Haushaltsgeräte um 0,8%. Geräte der Unterhaltungselektronik verbilligten sich sogar um 5,6%.

Im Vergleich zu den Waren erhöhten sich die Preise für **Dienstleistungen** mit durchschnittlich 1,5% etwas stärker. Der gewichtigste Posten entfällt dabei stets auf die **Mieten**. Trotz punktuell drastischer Mietsteigerungen blieb die Mietpreisentwicklung in ihrer ganzen Breite aber nach wie vor gemäßigt. Die Nettokaltmieten kletterten in Durchschnitt um 1,4% und damit nicht schneller als der Verbraucherpreisindex insgesamt. Während die Preise für den **Verkehr** im Ganzen nur um 1,2% stiegen, kostete die Wartung und Reparatur von Fahrzeugen wesentlich mehr (+4,5%) als im Vorjahr. Die Preise für Telefon und Internet sanken hingegen zum 16. Mal in Folge, diesmal um 0,7%.

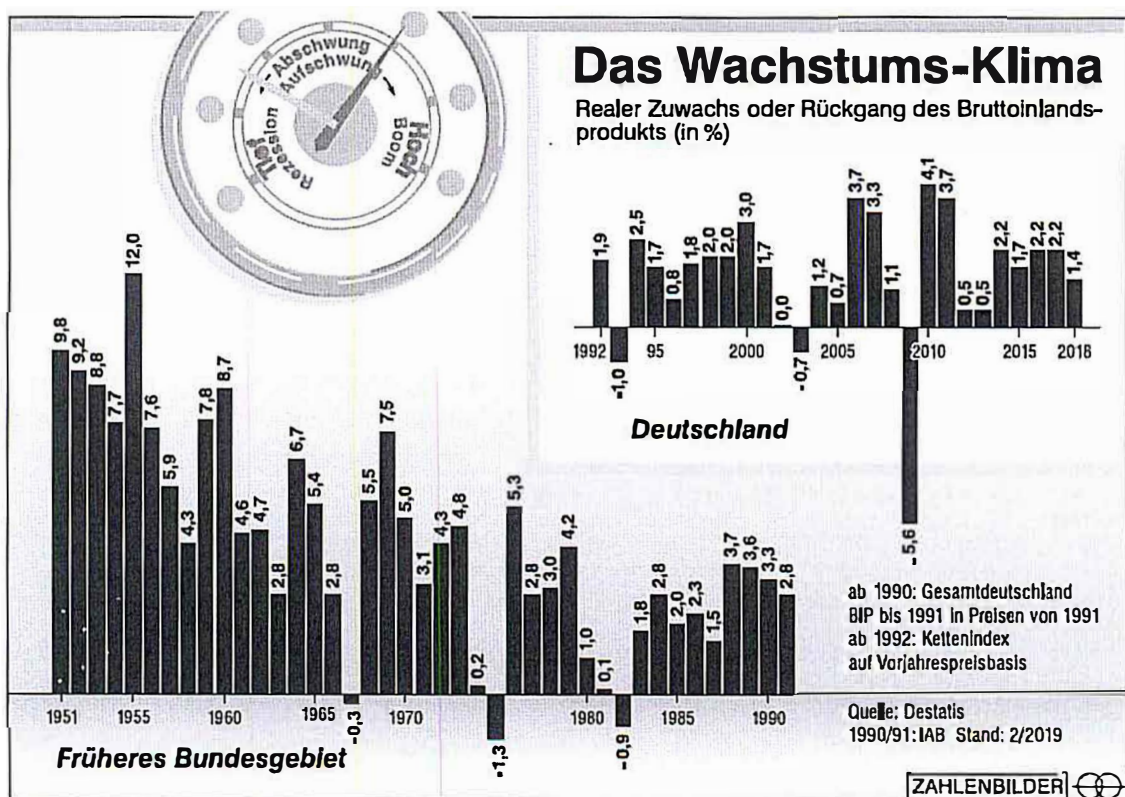


Wirtschaftswachstum 1950-2018

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist durch zyklische Schwankungen gekennzeichnet, deren Abfolge und Intensität sich an der realen (von Preiseinflüssen bereinigten) Veränderung des Bruttoinlandsprodukts ablesen lässt. Obwohl kein Zyklus dem anderen völlig gleich, kann man von einem für die Bundesrepublik typischen Muster des Konjunkturverlaufs sprechen: **Export, Investitionstätigkeit und privater Verbrauch** in ihrer wechselseitigen Verschränkung waren die konjunkturbestimmenden Faktoren. Ein Aufschwung wurde meist durch die steigende Industriegüternachfrage des Auslands eingeleitet. Zusammen mit der sich ebenfalls belebenden Inlandsnachfrage brachte sie die Industrieproduktion in Schwung, deren Impulse schließlich auf die gesamte Wirtschaft ausstrahlten. Diese Phase endete, wenn die erweiterte Produktionskapazität nicht mehr voll ausgelastet war und daher schließlich die Investitionen gedrosselt wurden.

Langfristig folgte die Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik einem **aufsteigenden Trend**. Durch alle Zyklen hindurch setzte sich das reale Wachstum fort. Allerdings wurden die Wachstumswellen immer flacher, die Konjunkturreinbrüche tiefer. Zum **Ende** des Zyklus 1982-1992 bescherte die deutsche Einheit der westdeutschen Wirtschaft noch einmal hohe Wachstumsraten, während die Produktion im Osten nach Einführung der D-Mark (Juli 1990) einbrach. Da die amtliche Statistik das Wirtschaftswachstum im vereinigten Deutschland erst ab 1992 ausweist, versucht das ZAHLENBILD, die gesamtdeutsche Entwicklung schon für die Jahre 1990/91 anhand geschätzter Wachstumsraten darzustellen.

Nach einem wechselhaften Jahrzehnt verzeichnete die Bundesrepublik im Jahr 2000 das bis dahin stärkste Wachstum nach der deutschen Einigung. Hoffnungen auf einen anhaltend kräftigen Aufschwung wurden aber enttäuscht. Nach dem Platzen der New-Economy-Blase glitt die Wirtschaft ab 2001 in eine hartnäckige Stagnation, die erst 2006/07 nachdrücklich überwunden wurde. Dabei strahlte der Exportboom entsprechend dem gängigen Konjunkturmuster endlich auch auf die Investitionen und den Arbeitsmarkt aus. 2008 setzte die Finanzkrise der Erholung aber schon wieder ein Ende. 2009 sank die Wirtschaftsleistung real gar um 5,6% gegenüber dem Vorjahr. Auf die tiefe Rezession folgte 2010 und 2011 ein lebhafter Aufschwung. Neben dem wiedererstarteten Export hatte der **private Konsum** diesmal großen Anteil an der Erholung. Vor dem Hintergrund der Euro-Schuldenkrise verlor die deutsche Volkswirtschaft 2012/13 zwar erneut an Dynamik, doch schwenkte sie ab 2014 auf einen Pfad mit kräftigerem Wachstum ein. 2018 schwächte sich der Aufschwung deutlich ab, setzte sich aber auch im neunten Jahr noch fort.

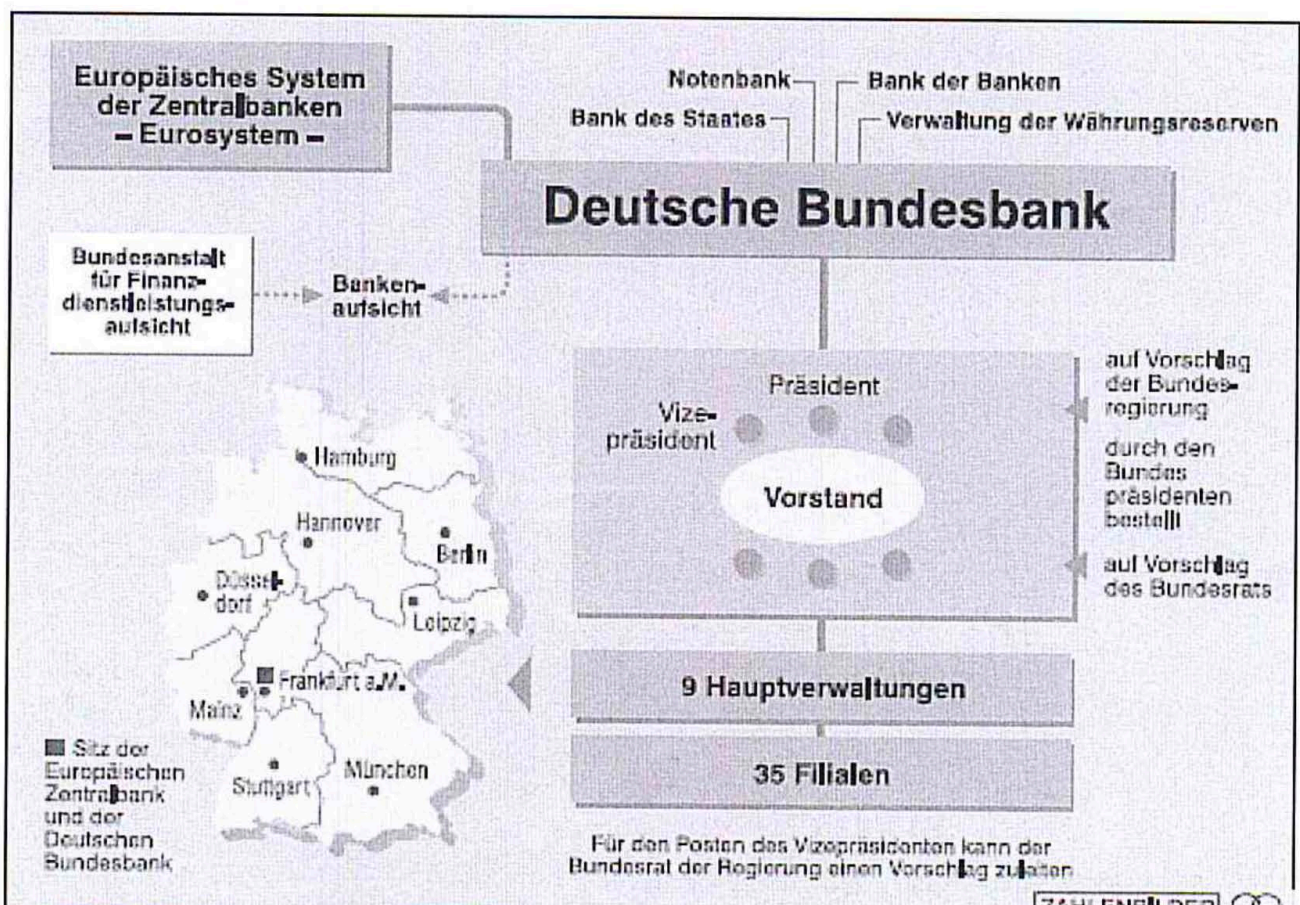


Die Deutsche Bundesbank wurde 1957 als unabhängige Zentralbank der Bundesrepublik Deutschland errichtet. Durch ihr beharrliches Eintreten für eine stabilitätsorientierte Geld- und Währungspolitik, machte sie die Deutsche Mark im Lauf der Jahrzehnte zu einer der härtesten Währungen der Welt und erwarb sich international hohes Ansehen. Als Anfang 1999 die dritte Stufe der Europäischen Währungsunion in Kraft trat, ging ihre wichtigste Zuständigkeit, die Festlegung der Geldpolitik, auf das Eurosystem und die Europäische Zentralbank (EZB) über.

Die Bundesbank ist jedoch integraler Bestandteil des Eurosystems und in dieser Funktion an den geldpolitischen Weichenstellungen für den Euro-Raum beteiligt. Die Erhaltung der Geldwertstabilität bleibt dabei ihr oberstes Ziel. Wenn im Rat der Europäischen Zentralbank über die Höhe der Leitzinsen entschieden wird, wirkt der Präsident der Bundesbank als Mitglied des EZB-Rats an dessen Beschlüssen mit. Darüber hinaus ist die Bundesbank, wie die übrigen Zentralbanken der Eurozone, für die Umsetzung der zentralen geldpolitischen Entscheidungen auf nationaler Ebene zuständig. Dies gilt insbesondere für die Versorgung des Bankensystems mit Notenbankgeld.

Um Stabilität geht es auch in einem weiteren zentralen Aufgabenbereich der Bundesbank. Der Erfolg der geldpolitischen Maßnahmen hängt nämlich davon ab, dass das nationale und das globale Finanz- und Währungssystem zuverlässig funktionieren. In internationaler Zusammenarbeit und durch eigene Beobachtung und Analyse leistet die Bundesbank deshalb ihren Beitrag dazu, dass Gefahren für die Finanzstabilität frühzeitig erkannt und Finanzkrisen möglichst vermieden werden. Auf nationaler Ebene überwacht sie im Rahmen der Bankenaufsicht die Funktionsfähigkeit von rund 2000 Kreditinstituten und 1500 Finanzdienstleistungsinstituten, vor allem im Hinblick auf risikoangemessene Eigenkapitalausstattung, gesicherte Zahlungsbereitschaft und wirksames Risikomanagement.

Zu den gesetzlichen Aufgaben der Bundesbank gehört es, einen sicheren und reibungslosen Zahlungsverkehr zu gewährleisten. In Erfüllung dieses Auftrags überwacht sie die von den Banken eingerichteten Zahlungsverkehrssysteme und bietet ihrerseits Dienstleistungen zur Abwicklung bargeldloser Massen- und Großzahlungen an. Am europäischen Großzahlungssystem TARGET 2 ist sie maßgeblich beteiligt. Eine weitere Hauptaufgabe der Bundesbank liegt darin, die Volkswirtschaft mit Bargeld zu versorgen und die Qualität und Echtheit des Geldes laufend zu kontrollieren.



Deutschen Bundesbank

- unabhängig
- wichtigstes Ziel: Preisstabilität
- Kontrolle der Geldmenge, Inflationsziel 2% → Inflationstargetting
 - Steuerung durch Leitzins

5 Hauptaufgaben

- Notenbank
 - Ausgabe von Banknoten
- Bank der Banken
 - Refinanzierung (Geld Leihen) der Geschäftsbanken durch Kredite bei Zentralbanken
- Bankenaufsicht
- Bank des Staates
 - führt Konten des Staates
- Verwaltung

Leitzins

Das wichtigste Ziel der EZB ist für Preisstabilität des Euros zu sorgen.

Das bedeutendste Instrument, um diese zu steuern, ist der Leitzins.

Der Leitzins ist der Zinssatz, zu dem sich die Geschäftsbanken bei den Zentralbanken refinanzieren (sich Geld leihen).

Hoher Leitzins bedeutet, hohe Zinsen für Geschäftsbanken und damit auch hohe Zinsen für deren Kunden und damit eine geringere Kreditaufnahme. Dies verursacht eine geringere Geldmenge im Umlauf, damit geringere Nachfrage und fallende Preise → weniger Inflation.

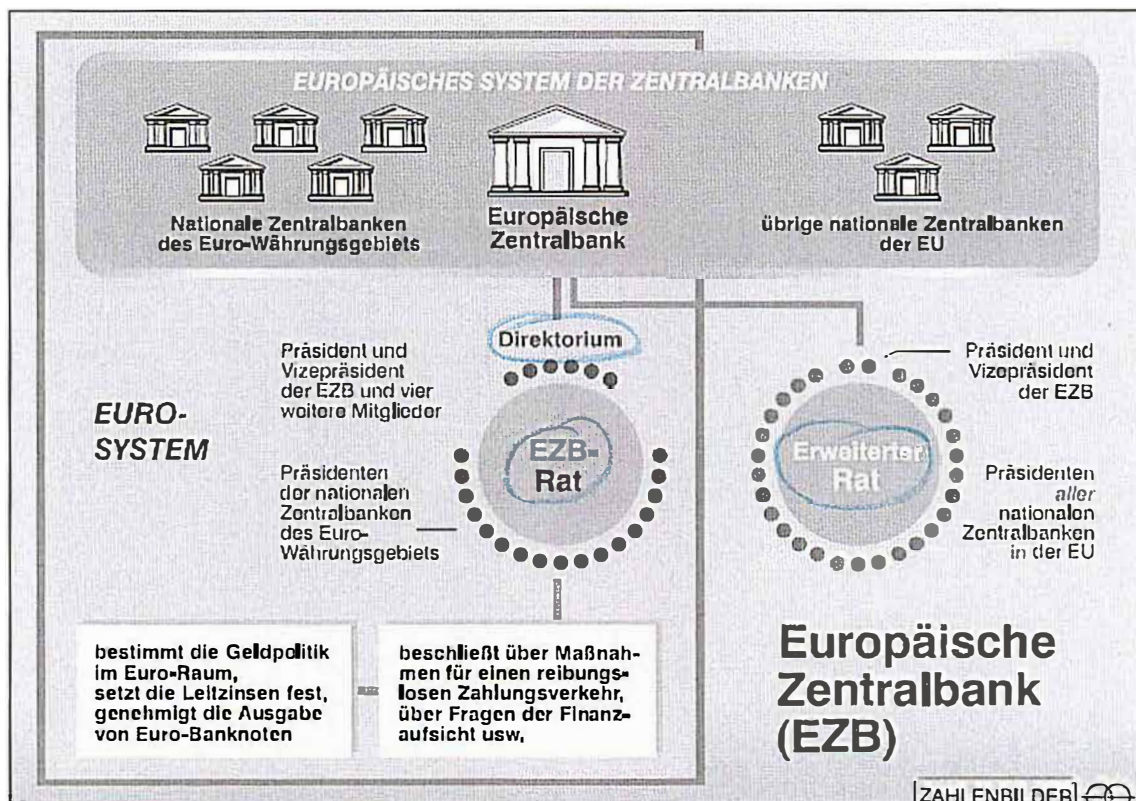
Fazit: niedriger Leitzins → hohe Inflation, hoher Leitzins → geringe Inflation
Europäischer Leitzins gerade bei 0

DIE EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

Die Europäische Zentralbank (EZB) wurde im Juni 1998 gegründet – wenige Monate, bevor die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit der Einführung des Euro am 1. Januar 1999 in ihre letzte Phase eintrat. Durch den Vertrag von Lissabon wurde sie zu einem Organ der EU erhoben. Vorrangiges Ziel der EZB ist es, über die Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung zu wachen. Soweit dieses Ziel nicht beeinträchtigt wird, soll sie auch die allgemeine Wirtschaftspolitik der EU unterstützen. Zu ihren grundlegenden Aufgaben gehört es, die Geldpolitik der Eurozone festzulegen, Devisengeschäfte durchzuführen, die Währungsreserven der Mitgliedstaaten zu verwalten und das reibungslose Funktionieren des Zahlungsverkehrs zu fördern.

Zusammen mit den Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten bildet die EZB das Europäische System der Zentralbanken (ESZB). Dessen innerer Kreis, das so genannte Eurosistem, besteht aus der EZB und den Zentralbanken der EU-Länder, die den Euro eingeführt haben. ESZB und Eurosistem werden von den Beschlussorganen der Europäischen Zentralbank, das heißt vom EZB-Rat und vom Direktorium geleitet. Die Geldpolitik im Euro-Währungsgebiet bestimmt der EZB-Rat: Er definiert einen Maßstab für Preisstabilität, analysiert die möglichen Stabilitätsrisiken, beschließt über die Höhe der Leitzinsen und steuert die Versorgung mit Zentralbankgeld. Die Umsetzung der im Eurosistem gefassten operativen Beschlüsse erfolgt durch die nationalen Zentralbanken der Eurozone. Der EZB-Rat setzt sich aus dem geschäftsführenden Direktorium der Europäischen Zentralbank und den Zentralbankpräsidenten der siebzehn Euro-Länder (2011) zusammen. Das Direktorium zählt sechs Mitglieder, mit dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der EZB an der Spitze. Als drittes Beschlussorgan besteht daneben der Erweiterte Rat, in dem die Präsidenten aller Zentralbanken der EU vertreten sind. Er ist somit Bindeglied zwischen den EU-Ländern innerhalb und außerhalb des Euro-Währungsraums und hat vorwiegend beratende Aufgaben.

Damit die EZB ihrem Auftrag ohne Rücksicht auf politische Einflussnahme von außen nachgehen kann, wurde sie mit einer mehrfach gesicherten Unabhängigkeit ausgestattet: Sie ist unabhängig in ihren geldpolitischen Entscheidungen, darf keine Weisungen von EU-Organen oder nationalen Regierungen einholen oder entgegennehmen und ist durch die langen Amtszeiten ihrer führenden Persönlichkeiten auch personell unabhängig: Der Präsident und die übrigen Mitglieder des Direktoriums werden auf acht Jahre ernannt; die Präsidenten der nationalen Zentralbanken sind für mindestens fünf Jahre zu berufen.



Die europäischen Leitzinsen

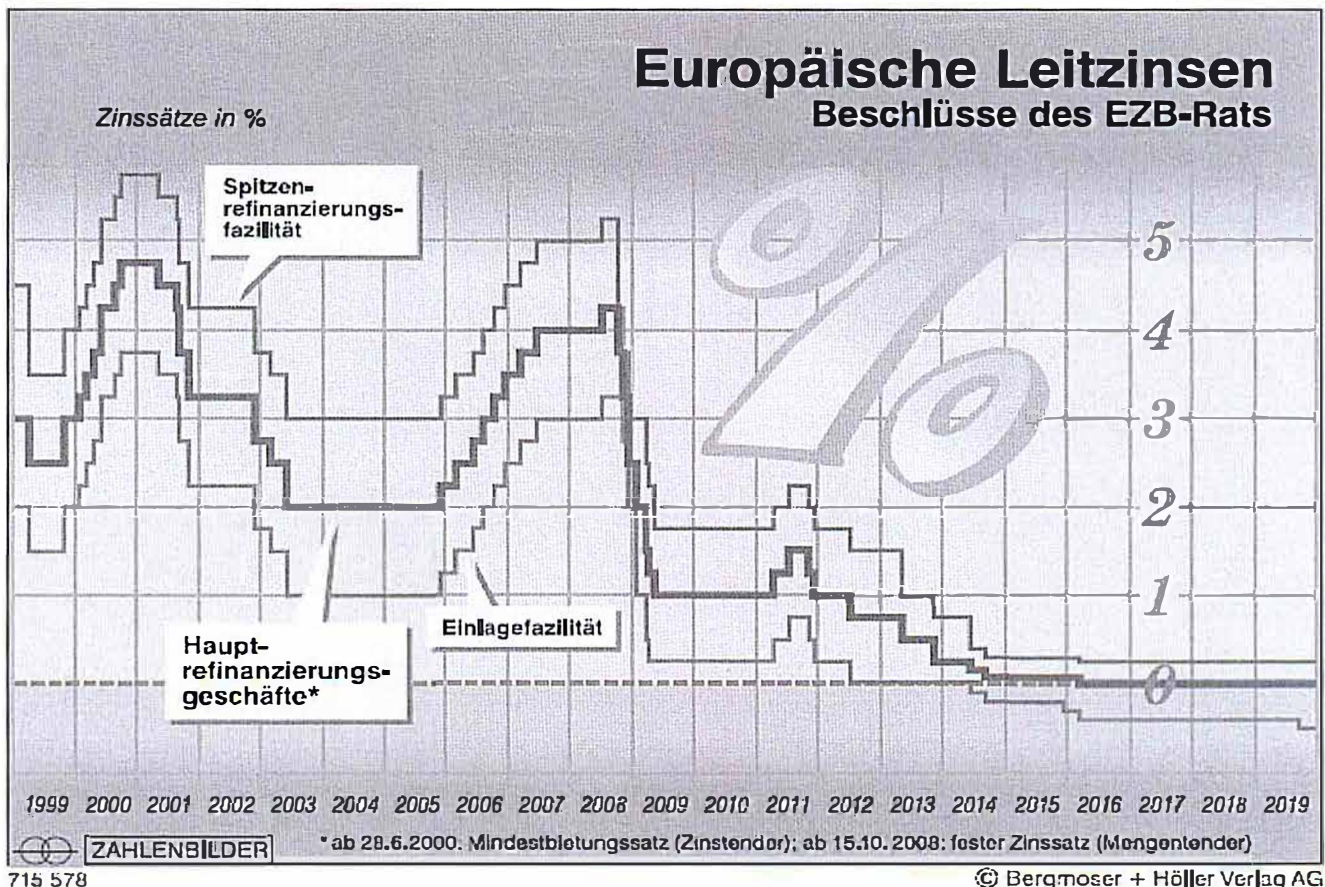
Preisstabilität für den Euro-Währungsraum ist das vorrangige Ziel der europäischen Zentralbank (EZB) und der mit ihr im Eurosystem verbundenen nationalen Zentralbanken. Normalerweise versucht sie, die Geldversorgung der Wirtschaft mit Hilfe ihrer **geldpolitischen Instrumente** so zu steuern, dass **inflationären Tendenzen** schon frühzeitig begegnet wird. Dahinter steht die Erfahrung, dass eine Politik des knappen Geldes am ehesten geeignet ist, die Stabilität einer Währung zu erhalten oder mittelfristig wieder herzustellen.

Mit der Finanz- und Schuldenkrise ab 2008 rückte für die EZB jedoch die Sorge vor dem Zusammenbruch der Kreditmärkte, einem scharfen Abschwung der Wirtschaft und einem Abgleiten in die **Deflation** in den Vordergrund.

Die Umsetzung der Geldpolitik erfolgt im Zusammenspiel mit den Banken, die sich zur Deckung ihres Liquiditätsbedarfs bei der Zentralbank „refinanzieren“. Im Mittelpunkt stehen dabei die sogenannten **Hauptrefinanzierungsgeschäfte**. Sie geben den Banken einmal wöchentlich Gelegenheit, sich – gegen Übertragung oder Hinterlegung ausreichender Sicherheiten – Zentralbankgeld zu beschaffen. Die Zentralbank steuert diese meist auf eine Woche befristeten Transaktionen gemäß den geldpolitischen Erfordernissen. Sie legt den Betrag fest, den sie dem Markt zur Verfügung stellen will, und bestimmt den Zinssatz, den die Banken dafür zu bezahlen haben und der als **Leitzins** auf den gesamten Geldmarkt ausstrahlt. Daneben bietet sie in monatlichem Rhythmus ein Refinanzierungsgeschäft mit dreimonatiger Befristung an, das vor allem der längerfristigen Geldversorgung kleiner Banken dient.

Darüber hinaus haben die Banken die ständige Möglichkeit, kurzfristige Liquiditätslücken mit Hilfe der nur für einen Tag gewährten und höher verzinslichen **Spitzenrefinanzierungsfazilität** zu überbrücken. Und andererseits können sie Liquiditätsüberschüsse über Nacht bei der Zentralbank „parken“ (**Einlagefazilität**).

Um der Gefahr einer deflationären Entwicklung zu begegnen, entschloss sich die EZB 2008/09, die Leitzinsen dramatisch zu senken. Und um zusätzlich Geld in die Märkte zu pumpen, kaufte sie von März 2015 bis Ende 2018 für 2,6 Billionen Euro Staats- und Unternehmensanleihen auf. Angesichts anhaltender wirtschaftlicher Unsicherheit setzt sie die **Anleihekäufe** ab 1.11.2019 fort und hält auch an ihrer **Nullzinspolitik** fest (der zentrale Leitzins liegt seit März 2016 bei 0 %). Zudem wurde der „Strafzins“ für Banken, die der EZB überschüssiges Geld überlassen wollen, zum 18.9.2019 auf -0,5 % verschärft. Eine Wende ist erst zu erwarten, wenn sich die Inflationsrate dem Zielwert von knapp unter 2 % annähert.



LEITZINS UND INFLATION IN DER EUROZONE

